

Vertreter:

Frau Eva-Maria Brauer	SPD	Vertretung für Herrn Karl-Heinz Brauer
Herr Jürgen Gude	CDU	Vertretung für Herrn Dieter Fühner
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Kahle

Gäste:

Herr Thomas Knur	Mitarbeiter der EWG - bis TOP 12 (17:33 Uhr)
------------------	--

Verwaltung:

Herr Mathias Krümpel	Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Frau Christine Karasch	Beigeordnete
Herr Jürgen Grimberg	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Frank de Groot-Dirks	Leitung Büro des Bürgermeisters / Pressesprecher
Frau Ulrike Solke	Stellv. Fachbereichsleiterin FB 3 - bis TOP 5 (17:06 Uhr)
Herr Jürgen Wullkotte	Fachbereichsleiter FB 4
Frau Maike Haking	Stellv. Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied

Herr Dr. Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung am 10.05.2016

0:00:43

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungsvorschläge vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 10.05.2016 gefassten Beschlüsse

0:00:58

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt wurden. Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da diese nicht gestellt bzw. gegeben wurden.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Aktuelle Flüchtlings- und Zuweisungssituation in Rheine | Beigeordneter Raimund Gausmann

0:01:30

Herr Gausmann gibt folgende Informationen zur Flüchtlingssituation in Rheine:

„Die Bezirksregierung Arnsberg hat die Kommunen in NRW mit Schreiben vom 21. Juni 2016 über die Wiederaufnahme der Zuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz informiert. Grundsätzlich sollen die Zuweisungen Anfang Juli wieder aufgenommen werden und zwar zunächst an 108 Kommunen in NRW, deren Erfüllungsquote weniger als 90 % beträgt. Derzeit liegt die Stadt Rheine mit 100,38 % noch über diesem Wert und muss aktuell noch keine neuen Flüchtlinge aufnehmen. Zurzeit leben 785 Zuwanderer in städtischen Wohnungen. Nach Angaben der Bezirksregierung sollen alle Kommunen zukünftig mit einem Vorlauf von 14 Tagen über die Anzahl und den Ankunftszeitpunkt der zugewiesenen Flüchtlinge informiert werden.“

3.2. Zurückgewinnung der gemeindeeigenen Ackerrandstreifen zur Sicherung der Artenvielfalt und der Biotopförderung | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Michael Reiske

0:02:21

Herr Dr. Lüttmann fasst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.06.2016 wie folgt zusammen:

*„Die Fraktion regt die Zurückgewinnung der gemeindeeigenen Acker-
randstreifen zur Sicherung der Artenvielfalt und der Biotopförderung
an. Die Fraktion weist darauf hin, dass im ganzen Münsterland die
landwirtschaftliche Nutzung von Flächen häufig bis an den Rand von
befestigten Straßen und Wirtschaftswegen erfolgt und dies gerade in
Außenbereichen regelmäßig zur Folge hat, dass Land beackert wird,
welches nicht im Besitz des Landwirtes sondern öffentliches Eigentum
ist. Außerdem sei der Artenschwund in NRW besorgniserregend. Der
Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft verstärke diesen negativen
Mechanismus. Die Fraktion empfiehlt der Stadt Rheine durch die Aus-
führung verschiedener Aufgaben einen Beitrag zum Artenschutz zu leis-
ten und die Lebensräume für Wildpflanzen, Insekten, Vögel und in der
Nahrungskette dahinter stehende Tiere und Menschen wiederherzustel-
len und zu erhalten.“*

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, den Antrag an den neu gebildeten Organisationsbereich „Umwelt und Klimaschutz“ im Fachbereich 5 mit der Bitte, nach Aufwandermittlung die erforderliche Entscheidung des Stadtentwicklungsausschusses über den Antrag herbeizuführen, zu verweisen.

Dem Verfahrensvorschlag des Bürgermeisters wird nicht widersprochen.

**4. Berichtswesen 2016, Stichtag 31. Mai 2016, Fachbereich 3 -
Recht und Ordnung
Vorlage: 195/16**

0:03:55

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 3 – Recht und Ordnung – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2016 zur Kenntnis.

**5. Berichtswesen 2016, Stichtag 31. Mai 2016, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 203/16**

0:04:21

Herr Wullkotte gibt folgende Stellungnahme ab:

„Wie Sie dem Bericht entnehmen können, erwarten wir für dieses Jahr im Fachbereich 4 eine deutliche Ergebnisverbesserung von ca. 1,3 Mio. €. Als Haushaltsplaner mag ich grundsätzlich keine Abweichungen, weil man sich dann auch immer die Frage stellen muss: ‚Warum haben wir das bei der Planung nicht berücksichtigt?‘. In einigen Bereichen ist jedoch trotz größter Bemühungen eine genauere Planung nicht möglich und Abweichungen sind daher regelmäßig unausweichlich. Die dargestellten Abweichungen resultieren zum größten Teil aus drei Grundstücksgeschäften. Es wurden zwei Wohnbauland-Grundstücke veräußert, die bislang für städtische Interessen reserviert waren und eine große Gewerbefläche, die schon seit mehreren Jahren optioniert war. Teilweise dauern Grundstücksgeschäfte bzw. die Verhandlungen viele Jahre. Während der Verhandlungen kann man vielleicht ein gutes Gefühl oder sogar eine mündliche Zusage haben, aber ob und wenn ja, wann die Verkäufe dann tatsächlich stattfinden – also in welchem Haushaltsjahr – lässt sich nur schwer vorhersehen. Hier spielen Faktoren eine Rolle, die wir als Stadtverwaltung nicht beeinflussen können; z. B. steuerrechtliche Aspekte oder einfach der Sitzungsturnus zu beteiligter Aufsichtsgremien beim Käufer. Hinzu kommt, dass ein Grundstücksverkauf für uns zwar grundsätzlich immer eine Einzahlung bedeutet, sich ein Ertrag aber nur ergibt, wenn der Verkaufspreis oberhalb des Bilanzwertes liegt. In diesem Jahr ergeben sich – glücklicherweise – deutliche Verbesserungen. Die kann jedoch auch mal andersrum ausfallen.“

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2016 zur Kenntnis.

**6. Berichtswesen 2016, Stichtag 31. Mai 2016, Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 205/16**

0:06:20

Herr Grimberg ergänzt, dass im Fachbereich 7 „Interner Service“ keine wirtschaftlichen Abweichungen als solches, sondern eine Steigerung von ca. 60 Geräten beim Produktumfang der zu betreuenden IT-Endgeräte vorliege. Herr Grimberg begründet dieses mit den neu angeschlossenen Außenbüros in den Bereichen Migration, Kremer-Haus und Treff 100 und den weiteren geplanten Plätzen bei der Feuerwehr. Hinzu kämen PCs, die aufgrund von Risiken, die durch das Aufrufen bestimmter Websites und Dienste ausgehen, außerhalb des Netzes betrieben würden. Auch in den Bereichen Teilzeit- und Telearbeit seien Zuwächse

zu verzeichnen. Herr Grimberg prognostiziert bis zum Ende des Jahres über 560 Geräte, die von der EDV betreut würden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 7 – Interner Service – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2016 zur Kenntnis.

**7. Berichtswesen 2016, Stichtag 31. Mai 2016, Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 204/16**

0:07:32

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2016 zur Kenntnis.

**8. Berichtswesen 2016, Stichtag 31. Mai 2016, Sonderbereich 9 - Zentrale Finanzleistungen
Vorlage: 221/16**

0:07:49

Herr Wullkotte gibt an, Herr Dr. Konietzko hätte darauf hingewiesen, dass in der Tabelle „Ergebnisplan“ in Zeile 15 „Transferaufwendungen“ und darunter in der Zeile „Gewerbesteuerumlage“ in der Spalte „Prognose aktuell“ falsche Werte aufgeführt seien. Herr Wullkotte erklärt, dass in der Spalte „Abweichungen“ allerdings die richtigen Werte dargestellt seien. Er berichtigt die Werte in der Zeile „Transferaufwendungen“ in der Spalte „Prognose aktuell“ auf 40.472 und in der Zeile „Gewerbesteuerumlage“ ebenfalls in der Spalte „Prognose aktuell“ auf 6.787.

Herr Krümpel ergänzt, dass für den Sonderbereich 9 eine Verbesserung von rd. 3,013 Mio. € und aus den anderen Fach- und Sonderbereichen eine Verbesserung von rd. 1,8 Mio. € erwartet werde. Diese Gesamtverbesserungen von insgesamt 4,9 Mio. € gegenüber der Haushaltseinbringung ergäben bei einem geplanten Defizit von 3,2 Mio. € einen Überschuss von rund 1,7 Mio. €.

Herr Krümpel erklärt, dass aus Vorjahren noch eine Menge Ermächtigungsübertragungen bestünden und dass man nicht wisse, wie diese zum Tragen kämen. Die Erfahrung zeige jedoch, dass zum Jahresende in ähnlicher Größenordnung Ermächtigungsübertragungen gebildet würden. Seine persönliche Einschätzung sei, dass, wenn sich weder aufgrund der Flüchtlingssituation oder im Bereich der Gewerbesteuer noch aufgrund von beispielsweise Unwettern große Änderungen ergeben, sondern alles weiterlaufe wie bisher, erstmals seit Einführung NKF im Jahr 2006 in Rheine in diesem Jahr nicht nur die schwarze Null geschrieben werden, sondern auch ein Überschuss im Haushaltsjahr 2016 ausgewiesen werden könne.

Herr Hachmann zeigt sich freudig und erklärt, dass es viele Faktoren gebe, auf die kein Einfluss genommen werden könne, diese glücklicherweise jedoch mal zu Gunsten der Stadt ausschlagen würden. Er bedankt sich sowohl bei der Wirtschaft als auch bei den einzelnen Fachbereichen der Verwaltung für die positive Entwicklung. Er macht deutlich, dass die Rahmenbedingungen weiterhin von der Verwaltung geschaffen werden müssen. Er gibt an, dass dies an einzelnen Stellen noch besser klappen könnte, sodass ein Überschuss keine Ausnahme sei. Herr Hachmann macht deutlich, dass das grundsätzliche Thema „10 Millionen in 10 Jahren“ damit noch längst nicht erledigt sei, da sich das strukturelle Problem nicht verändert habe.

Herr Krümpel bestätigt, dass es eine schöne Momentaufnahme sei und es nun nicht heiße, dass man sich zurücklehnen dürfe, sondern weiter daran arbeiten müsse, dass der Aufwand reduziert werde, sodass die Stadt Rheine zukunftssicher aufgestellt werden könne.

Herr Dr. Lüttmann weist darauf hin, dass die Rahmenbedingungen zurzeit optimal seien, man sich aber nicht auf Dauer darauf einstellen könne. Er macht deutlich, dass es das Ziel der Verwaltung sei, dauerhaft einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Herr Roscher erklärt, dass man sich bewusst machen müsse, dass die Lage sich u. a. bei Grundstücksverkäufen momentan anders entwickle, da die entsprechenden Käufer aufgrund des Niedrigzinses momentan eher in Immobilien anlegen, als Geld auf der Bank anzulegen. Er sagt, dass man abwarten müsse, wie es sich in diesem Jahr entwickle. Herr Roscher hofft, dass es keine weiteren Unwetter mit Starkregen und den entsprechenden Schäden gibt, bei denen wir als Stadt betroffen sein könnten. Er appelliert, dass weiterhin sorgsam mit den Finanzen umgegangen werden müsse, man sich jedoch nicht kaputtsparen solle, sondern an den richtigen Stellen zugunsten der Stadt investiert werden solle.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 9 – Zentrale Finanzleistungen – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2016 zur Kenntnis.

9. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

9.1. Ausweisung von Hundenauslaufflächen | Eingabe der unabhängigen Wählergruppe "Bürger für Rheine"

0:13:45

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass zwei Eingaben vorliegen. Er fasst den Antrag der unabhängigen Wählergruppe „Bürger für Rheine“ vom 22.06.2016 wie folgt zusammen:

„Die unabhängige Wählergruppe „Bürger für Rheine“ beantragt, dass auf dem Gebiet der Stadt Rheine Hundenauslaufflächen unter Beteili-

gung der Interessengemeinschaft „Hundefreilaufflächen für Rheine“ ausgewiesen werden. „Bürger für Rheine“ begründet diesen Antrag damit, dass laut Auskunft auf der Website der Stadt Rheine in Rheine eine generelle Anleinplicht für Hunde bestehe, mit Ausnahme von besonders ausgewiesenen Hundeauslaufbereichen. „Bürger für Rheine“ konnte jedoch im gesamten Stadtbereich keinen solchen Bereich auffinden.“

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, den Antrag an die Verwaltung zur Prüfung zu verweisen.

Herr Roscher gibt an, dass es in der Vergangenheit bereits einen solchen Antrag gab und schlägt vor, dass die vorliegenden Prüfungsergebnisse miteinbezogen werden.

Herr Dr. Lüttmann sagt zu, diese Ergebnisse mit zu berücksichtigen, um relativ zeitnah eine Rückmeldung geben zu können.

Dem Verfahrensvorschlag des Bürgermeisters wird nicht widersprochen.

9.2. Änderung der Parktarife | Antrag des Stadtteilbeirates Innenstadt/Hörstkamp

0:15:10

Herr Dr. Lüttmann fasst den Antrag des Stadtteilbeirates Innenstadt/Hörstkamp vom 13. Mai 2016 wie folgt zusammen:

„Der Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp regt an, dass die Parktarife so verändert werden, dass für Kurzparker eine Gebührenfreiheit besteht (wie beim Sanduhrenprinzip) und dass für die erste Stunde anstelle wie bisher 1,50 € eine Tarifstaffelung von drei Mal 20 Min. zu 0,50 € eingeführt wird. Der Stadtteilbeirat begründet diesen Antrag damit, dass die aktuelle Tarifstaffelung für das Parken in der Rheiner Innenstadt von vielen Bürgerinnen und Bürgern und Kunden bemängelt wird. Der Stadtteilbeirat Innenstadt/Hörstkamp möchte sich vor diesem Hintergrund für ein kundenfreundlicheres Parken in Rheine einsetzen.“

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, den Antrag an den Verwaltungsvorstand zu verweisen, um das weitere Verfahren zu besprechen.

Herr Brunsch fragt, ob sich der Antrag nur auf die Parkuhren oder auf das gesamte Parken in der Innenstadt beziehe.

Herr Dr. Lüttmann und Frau Karasch bestätigen, dass es um das gesamte Parken in der Innenstadt gehe.

10. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

0:18:16

Es folgen keine Wortmeldungen.

11. Anfragen und Anregungen

11.1. Folgen und Maßnahmen Starkregen | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Michael Reiske

0:18:37

Herr Reiske stellt fest, dass aufgrund des Starkregens erhebliche Schäden im Bereich Thieberg zu verzeichnen seien. Er erklärt, dass die Bundesumweltministerin bei Vorschäden in anderen Städten darauf hingewiesen habe, dass der Maisanbau einen erheblichen Risikofaktor darstelle und insbesondere bei Starkregen zu Bodenerosionen führe.

Herr Reiske bittet die Verwaltung zu prüfen, ob am Thieberg die gleiche Problematik vorliege und welche Gegenstrategien ggf. gefahren werden können.

Herr Dr. Lüttmann erläutert, dass es offensichtlich sei, dass der Maisanbau mitursächlich sei. Er erklärt, dass das Thema umfassend von Verwaltung und TBR angegangen werde. Vorgesehen sei eine Anwohnergemeinschaft am kommenden Donnerstag, an der auch Fachleute der Verwaltung und TBR teilnehmen würden. Zudem werde auch das Gespräch mit dem Landwirt des Maisfeldes gesucht. Herr Dr. Lüttmann erwähnt, dass er selbst am Montag vor Ort gewesen sei und Handlungsbedarf festgestellt habe. Aufgrund verschiedener Faktoren sei es nicht möglich, schnelle Lösungen zu finden. Es gebe mehrere Problemstellen im Stadtgebiet. Herr Dr. Lüttmann erklärt, dass die Verwaltung prüfe, was in rechtlicher Hinsicht mit Blick auf die Grundstückseigentümer, auch Landwirte, gemacht werden könne. Er macht deutlich, dass es wichtig sei, sich zu positionieren, da solche Starkregenereignisse möglicherweise öfter auftreten würden und dass es nicht möglich sei, das Kanalnetz an diesen Spitzen zu orientieren.

Herr Brunsch weist darauf hin, dass er von mehreren Bürgern aus Gellendorf darauf hingewiesen worden sei, dass das Regenrückhaltebecken in Gellendorf an der Turnhalle trotz des Starkregens leer und die Keller vollgelaufen seien. Herr Brunsch fragt an, inwieweit Alt-Gellendorf im Bereich um die Gaststätte Heuwes hinterm Schwarzen Weg an das Regenrückhaltebecken in der Gartenstadt angeschlossen sei.

Herr Dr. Lüttmann sagt eine Prüfung zu.

Frau Floyd-Wenke fragt an, wie die Stadt die vom aktuellen Starkregen betroffenen Bürgerinnen und Bürger unterstützen könne. Sie denke an eine kostenlose Sperrmüllabholung.

Herr Dr. Lüttmann erklärt, dass der Bauhof am Samstag außer der Reihe geöffnet hatte, jedoch nach einer bestimmten Zeit keinen Sperrmüll mehr lagern konnte.

Frau Floyd-Wenke möchte wissen, was mit den Menschen sei, die nicht in der Lage seien, ihren Sperrmüll selber zum Bauhof zu bringen und ob eine zusätzliche Abholung des Sperrmülls vorgesehen sei.

Herr Dr. Lüttmann antwortet, dass der Sperrmüll im Rheiner Stadtgebiet kostenlos abgeholt würde und dass die TBR je nach Kapazität rumfahre, um den Sperrmüll abzuholen. Er macht deutlich, dass man nicht erwarten könne, dass nach einem solchen Ereignis von heute auf morgen alles erledigt sei. Er erklärt, dass er der TBR den Hinweis geben werde, dass diese den Bürgerinnen und Bürgern über verschiedene Kanäle mitteilt, wann welcher Müll abgeholt wird.

11.2. Erstellung einer Broschüre über die Tätigkeiten und das Amt des Radverkehrsbeauftragten | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Michael Reiske

0:19:22

Herr Reiske berichtet, dass ein Gespräch zwischen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem Radverkehrsbeauftragten der Stadt Rheine, Herrn Nagelschmidt, stattgefunden habe. Herr Reiske regt an, dass von der Verwaltung eine Broschüre erstellt werden solle, die die Bürger über die Tätigkeiten und das Amt des Radverkehrsbeauftragten informiere.

Herr Reiske weist darauf hin, Herr Nagelschmidt habe vorgetragen, dass es bei der Stadt Lüdinghausen eine sehr gute Homepage für den Radverkehrsbeauftragten gebe. Herr Reiske regt an, dass dies bei einer Neugestaltung der Homepage der Stadtverwaltung Rheine mitaufgegriffen werden solle.

Herr Reiske erklärt, dass die Fraktion sich einen jährlichen Bericht des Radverkehrsbeauftragten im Rat wünsche. Hier solle u. a. über den Zustand der Radwege im Stadtgebiet, den Radverkehr allgemein und über Handlungsbedarf im Radverkehrswegenetz berichtet werden.

Herr Reiske stellt abschließend positiv heraus, dass Herr Nagelschmidt bereits zum Mitglied im Verwaltungsarbeitskreis „Verkehr“ benannt wurde und bedankt sich dafür bei der Verwaltung.

11.3. Erstellung eines Flyers für die Stiftung Bürgerbaum | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Michael Reiske

0:21:08

Herr Reiske regt an, dass von der Verwaltung für die Stiftung „Bürgerbaum“ ein Flyer erstellt werden solle, um den Bekanntheitsgrad dieser Stiftung zu steigern.

**11.4. Standardisierung und Verbesserung der Raumsituation in den
Rheiner Grundschulen | Antrag der Fraktion SPD, Jürgen Roscher**

0:16:20

Herr Roscher stellt für die SPD-Fraktion den als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügten Antrag.

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, den Antrag zur Beratung an den Schulausschuss zu verweisen.

Dem wird nicht widersprochen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 17:27 Uhr

Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister

Maike Haking
Stellv. Schriftführerin